

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
AMIF: Nationaler Förderaufruf 2021-2027 (BAMF).....	4
Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen (PPPA): Sport für Menschen und Planet	4
Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen (PPPA): Basis-Sportprogramme und Infrastrukturinnovation .	5
Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen (PPPA): Gründung eines europäischen Kulturerbe-Hubs.....	5
■ Öffentliche Konsultationen	6
Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen.....	6
■ EU-Politik.....	7
Ukraine: 60 000 Tonnen lebensrettende EU-Hilfe	7
Palästina: 261 Mio. Euro zugunsten von UNRWA-Maßnahmen.....	7
COVID-19-Impfstoffe: Lieferpläne für Spätsommer und Winter	8
Ukraine: 1000 ukrainische Patient*innen in europäischen Krankenhäusern	8
Migration: AMIF-Projekte in Zypern, Spanien, Griechenland, Italien und Polen.....	9
Neue Rechte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben	9
Gesundheitsunion: Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen	10

Besserer Schutz von Kindern in grenzüberschreitenden Sorgerechtsfällen	10
Soziales Europa: transparentere und verlässlichere Arbeitsbedingungen	11
Bericht zum: EU-Wiederaufbauplan NextGenerationEU.....	11
Europäische Gesundheitsunion: Influenza-Impfstoffe zur Pandemievorsorge.....	12
Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2022	12
Erasmus+ - Zusammenarbeit von 44 Europäischen Hochschulen möglich.....	13
8. Umweltaktionsprogramm: Leitindikatoren vorgelegt	14
EU-Bericht zur Ukraine: Wichtige Schritte bei der Umsetzung der Reformagenda	14
EU gewinnt WTO-Verfahren gegen diskriminierende Praktiken der Türkei im Arzneimittelbereich.....	15
Bericht: EU-Datenregeln für Justiz und Polizei verbessern Opfer-Schutz	15
21 Mio. Euro für Mobilität von Kulturschaffenden	16
Vertragsverletzungsverfahren: Deutschland muss Rechtsakt zu Barrierefreiheit umsetzen	16
70,2 Mrd. Euro öffentliche Entwicklungshilfe von Team Europa für 2021	17
Ukraine: Zugang zum Programm EU4Health	17
■ Veranstaltungen.....	19
Europäische Woche der Regionen und Städte 2022 .	19

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel, Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778 E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe August 2022 ist der 15.08.2022.

■ Ausschreibungen

AMIF: Nationaler Förderaufruf 2021-2027 (BAMF)

Das Bundesamt für Asyl und Flüchtlinge (BAMF) hat den Förderaufruf 2021-2027 zur Einreichung von Projektanträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) veröffentlicht. Für die gesamte Förderperiode 2021-2027 gibt es *einen* Förderaufruf. Anträge für die AMIF-Förderperiode 2021 bis 2027 können bis spätestens **30.06.2027** gestellt werden. In der Förderperiode 2021-2027 sind Projektmaßnahmen förderfähig, die frühestens am 01. Januar 2021 begonnen haben und spätestens am 30.06.2029 enden.

Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) ist ein europäischer Fonds, der die EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer Asyl- und Migrationspolitik unterstützt.

Der Fonds fördert im Zeitraum 2021 bis 2027 Projekte in den Bereichen:

- Stärkung und Entwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems;
- Legale Migration und Förderung der wirksamen Integration von Nicht-EU-Bürger*innen;
- Bekämpfung irregulärer Migration und Förderung effektiver Rückkehr und Rückübernahme;
- Solidarität durch Stärkung der Zusammenarbeit und Aufteilung der Verantwortung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten.

Für den gesamten Förderzeitraum 2021-2027 stehen ca. 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen: www.eu-migrationsfonds.de

Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen (PPPA): Sport für Menschen und Planet

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen ein Projekt zum Thema „Sport für Menschen und Planet - Ein neuer Ansatz für Nachhaltigkeit durch Sport in Europa“ ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am **12.10.2022**.

Damit der Sport bei der Schaffung eines nachhaltigeren Europas seine Bedeutung maximieren und Verantwortung übernehmen kann, ist ein innovatives Konzept erforderlich.

Dieses Projekt wird die Reichweite des Sports u.a. nutzen, um die europäischen Bürger*innen auf die Bedeutung von Nachhaltigkeit aufmerksam zu machen.

Insgesamt stehen 1 437 074 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen (PPPA): Basis-Sportprogramme und Infrastrukturinnovation

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen ein Projekt zum Thema „Basis-Sportprogramme und Infrastrukturinnovation“ ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am **12.10.2022**.

Basissportarten sind ein traditioneller und sich langsam entwickelnder Bereich. Die Bedürfnisse und Präferenzen der Gesellschaft im Allgemeinen und den Bedürfnissen und Vorlieben des Einzelnen im Sport verändern sich jedoch schneller. Dieses Projekt wird Parteien außerhalb der traditionellen Sportstruktur auffordern, innovative Lösungen vorzuschlagen, um die Nachfrage von Einzelpersonen in Einklang zu bringen und ein Ökosystem für Sportinnovationen bereitzustellen.

Insgesamt stehen 1 945 500 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen (PPPA): Gründung eines europäischen Kulturerbe-Hubs

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen ein Projekt zum Thema „Gründung eines europäischen Kulturerbe-Hubs zur Unterstützung eines ganzheitlichen und kostengünstigen Follow-up des europäischen Jahrs des Kulturerbes“ ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am **18.10.2022**.

Die Hauptziele sind u.a. die Einbeziehung der Dimension des kulturellen Erbes in relevante Richtlinien, die Förderung innovativer Modelle der partizipativen Regierungsführung und des Managements des kulturellen Erbes etc.

Insgesamt stehen ca. 2 883 300 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen

Mit dieser Initiative soll sichergestellt werden, dass Vereine in vollem Umfang in den Genuss der Binnenmarktfreiheiten kommen. Dafür sollen ihre EU-weiten Aktivitäten einfacher gemacht und ihre Grundrechte gestärkt werden.

Mit den derzeitigen Vorschriften werden Vereine – etwa durch zusätzliche Registrierungen bei einer Tätigkeit im EU-Ausland – behindert. Dies kann den Markt für gemeinnützige Organisationen verzerren und den demokratischen Raum der EU und die Ausübung der EU-Grundrechte in Mitleidenschaft ziehen.

Alle Einzelpersonen und Organisationen, die im gemeinnützigen Sektor tätig sind, können sich an dieser Konsultation beteiligen. Die Kommission möchte Beiträge eines inklusiven und breiten Spektrums von Interessenträgern und einschlägigen (auch wirtschaftlichen) Akteuren erhalten.

Diesbezügliche Beiträge können bis zum **28.10.2022** eingereicht werden.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13538-Binnenmarkt-Vorschlag-fur-eine-Gesetzgebungsinitiative-zu-grenzuberschreitenden-Tatigkeiten-von-Vereinen/public-consultation_de

■ EU-Politik

Ukraine: 60 000 Tonnen lebensrettende EU-Hilfe

Bisher hat die EU im Rahmen ihres Katastrophenschutzverfahrens die Bereitstellung von 66 224 Tonnen Sachhilfe für die Ukraine aus 30 Ländern koordiniert. Dazu gehörten 180 Krankenwagen, 125 Löschfahrzeuge, 300 Stromaggregate, 35 Baufahrzeuge und 4 Pontonbrücken.

Es handelt sich um die bei Weitem größte, längste und komplexeste Operation im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens seit dessen Einrichtung im Jahr 2001 mit einem geschätzten Volumen von bisher über 425 Mio. Euro. Zur Unterstützung dieser Operation wurden Logistikzentren in Polen, Rumänien und der Slowakei geschaffen, über die die Hilfe direkt an die Ukraine weitergeleitet wird.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4945

Palästina: 261 Mio. Euro zugunsten von UNRWA-Maßnahmen

Die Europäische Union hat am 09.08.2022 ihre Rolle als langjähriger, glaubwürdiger und zuverlässiger Partner des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und als einer seiner größten Geber bekräftigt.

Die Europäische Kommission hat einen Mehrjahresbeitrag in Höhe von 261 Mio. Euro angenommen. Damit stehen dem Hilfswerk vorhersehbare Finanzmittel zur Verfügung, sodass es grundlegende Dienste für palästinensische Flüchtlinge bereitstellen kann. Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung der EU und des UNRWA (2021-2024) umfasst dieser Beitrag die auf drei Jahre ausgelegte EU-Finanzierung für das UNRWA in Höhe von insgesamt 246 Mio. Euro sowie weitere 15 Mio. Euro aus der Nahrungsmittel- und Resilienzfazilität zur Bewältigung der Ernährungsunsicherheit und zur Abmilderung der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4884

COVID-19-Impfstoffe: Lieferpläne für Spätsommer und Winter

Die Europäische Kommission und Moderna haben eine Vereinbarung getroffen, um den Bedarf der Mitgliedstaaten an COVID-19-Impfstoffen im Spätsommer und Winter besser decken zu können. So wird sichergestellt, dass die nationalen Behörden die Impfstoffe – auch an Virusvarianten angepasste Impfstoffe, sobald sie zugelassen sind – dann erhalten, wenn sie sie für ihre eigenen Impfkampagnen und zur Unterstützung ihrer globalen Partner benötigen.

Im Rahmen dieser Vereinbarung mit Moderna werden die ursprünglich vereinbarten vertraglichen Lieferpläne angepasst. Die Dosen, deren Auslieferung ursprünglich im Sommer geplant war, werden nun im September sowie über Herbst und Winter 2022 ausgeliefert. Die Mitgliedstaaten dürften zu diesem Zeitpunkt zusätzliche Impfstoffvorräte für ihre nationalen Kampagnen und zur Erfüllung ihrer internationalen Solidaritätsverpflichtungen benötigen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4843

Ukraine: 1000 ukrainische Patient*innen in europäischen Krankenhäusern

Im Rahmen ihres [Katastrophenschutzverfahrens](#) hat die EU bisher 1000 medizinische Evakuierungen ukrainischer Patient*innen erfolgreich koordiniert, um ihnen eine spezialisierte Gesundheitsversorgung in Krankenhäusern in ganz Europa zukommen zu lassen.

Da die Zahl der Verletzten in der Ukraine täglich steigt, haben lokale Krankenhäuser Schwierigkeiten, alle medizinisch zu versorgen. Gleichzeitig haben Polen, Moldau und die Slowakei angesichts des großen Zustroms vom Menschen Unterstützung für medizinische Evakuierungsoperationen (MEDEVAC) aus ihren jeweiligen Ländern beantragt. Um die lokalen Krankenhäuser zu entlasten, hat die EU seit dem 11.03.2022 Transporte in andere europäische Länder koordiniert, die über freie Krankenhauskapazitäten verfügen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4882

Migration: AMIF-Projekte in Zypern, Spanien, Griechenland, Italien und Polen

Die Europäische Kommission unterstützt besonders unter Druck stehende EU-Staaten bei der Aufnahme von Geflüchteten und stärkt ihre Asyl- und Rückführungssysteme.

Dafür fördert sie Projekte in Zypern, Spanien, Griechenland, Italien und Polen mit insgesamt 171 Mio. Euro. In Zypern wird eine Unterkunft gebaut, in Spanien fließt das Geld nach Ceuta und auf die Kanarischen Inseln, wo die Kapazitäten zur Aufnahme von Geflüchteten überlastet sind. Die Mittel stammen aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF).

Die Projekte wurden im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen von Anfang 2022 ausgewählt.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/migration-projekte-zypern-spanien-griechenland-italien-und-polen-erhalten-unterstutzung-2022-08-03_de

Neue Rechte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Seit dem 02.08.2022 müssen alle Mitgliedstaaten die 2019 angenommenen [EU-weiten Vorschriften zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige](#) anwenden.

Diese Vorschriften enthalten Mindeststandards für Vaterschafts-, Eltern- und Pflegeurlaub und legen zusätzliche Rechte fest, wie z.B. das Recht, flexible Arbeitsregelungen zu beantragen. Dies soll die Menschen dabei unterstützen, ihre berufliche Karriere und ihr Familienleben unter einen Hut zu bringen, ohne auf eines von beiden verzichten zu müssen.

Diese Rechte, die zusätzlich zu dem bestehenden Recht auf Mutterschaftsurlaub gewährt werden, sind eine Errungenschaft im Rahmen der [europäischen Säule sozialer Rechte](#) und stellen einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer Union der Gleichheit dar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4785

Gesundheitsunion: Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen

HERA, die Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen der Europäischen Kommission, hat mit dem Unternehmen HIPRA HUMAN HEALTH einen Rahmenvertrag für die gemeinsame Beschaffung betreffend die Lieferung seines proteinbasierten COVID-19-Impfstoffs unterzeichnet. 14 Mitgliedstaaten und andere Länder beteiligen sich an dieser gemeinsamen Beschaffung, die ihnen den Ankauf von bis zu 250 Mio. Dosen ermöglicht. Da die Fallzahlen in Europa wieder steigen, werden die beteiligten Länder durch diese Vereinbarung den HIPRA-Impfstoff rasch erhalten, sobald er von der Europäischen Arzneimittel-Agentur positiv bewertet wurde.

Der Vertrag mit HIPRA über die gemeinsame Beschaffung ergänzt ein ohnehin schon umfangreiches Impfstoffportfolio, das durch die EU-Impfstoffstrategie gesichert wird und die bislang mit AstraZeneca, Sanofi-GSK, Janssen Pharmaceutica NV, BioNtech-Pfizer, Moderna, Novavax und Valneva geschlossenen Verträge umfasst. Mit Hilfe der EU-Impfstoffstrategie wurden rund 4,2 Mrd. Dosen gesichert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4782

Besserer Schutz von Kindern in grenzüberschreitenden Sorgerechtsfällen

Am 01.08.2022 traten EU-Vorschriften für die Zusammenarbeit von Justizbehörden bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten wie Sorgerecht, elterliche Rechte und Kindesentführung in Kraft.

Die sog. „Brüssel-IIb-Verordnung“ hat das Ziel, die Bedürfnisse des Kindes besser zu schützen. Die Verordnung aktualisiert die bestehenden Vorschriften über Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren, bei denen es um die elterliche Verantwortung geht.

Die neue Verordnung wird die Übermittlung von Entscheidungen, öffentlichen Urkunden und bestimmten Vereinbarungen innerhalb der EU vereinfachen, und zwar durch Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung in anderen EU-Ländern.

Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass ein Kind seine Meinung in allen Verfahren äußern kann, die das Kind betreffen. Etwa in Fragen des Sorgerechts und des Umgangsrechts, oder wenn das Kind von einem Elternteil entführt wurde.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/neue-eu-vorschriften-besserer-schutz-von-kindern-grenzüberschreitenden-sorgerechtsfallen-2022-08-01_de

Soziales Europa: transparentere und verlässlichere Arbeitsbedingungen

Die EU-Mitgliedstaaten mussten bis zum 01.08.2022 die Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in nationales Recht umsetzen. Die Richtlinie stärkt und aktualisiert die Rechte der 182 Mio. Arbeitnehmer*innen in der EU und verbessert ihren Schutz.

Mit den neuen Vorschriften erhalten die Arbeitskräfte ein Recht auf mehr Vorhersehbarkeit bei ihren Arbeitsbedingungen; dies betrifft z.B. Arbeitsaufträge und Arbeitszeiten. Zudem haben sie einen Anspruch darauf, ausführlicher über wesentliche Aspekte des Beschäftigungsverhältnisses, den Arbeitsort und die Entlohnung informiert zu werden. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung eines starken sozialen Europas und trägt dazu bei, die europäische Säule sozialer Rechte für die Menschen in der gesamten EU greifbar zu machen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4765

Bericht zum: EU-Wiederaufbauplan NextGenerationEU

Der europäische Wiederaufbauplan *NextGenerationEU* ist erfolgreich angelaufen. Insbesondere werden Projekte, die den Europäischen Green Deal umsetzen, europaweit stark gefördert. Das zeigt ein Bericht, den die Europäische Kommission vorgelegt hat.

Alle bisher genehmigten 25 Pläne der Mitgliedstaaten übertreffen die Vorgabe, dass mindestens 37 % der erhaltenen Gelder in die *Finanzierung des Klima- und Umweltschutzprogramms* investiert werden sollen.

Auch die *Finanzierung des digitalen Wandels* übertrifft mit einem Viertel der eingesetzten Gelder die Anforderungen. Der

Bericht führt mehrere Beispiele zu den konkreten Maßnahmen auf, die zu den sechs politischen Säulen der Verordnung beitragen.

Zudem legt der Bericht dar, wie die Aufbau- und Resilienzfazilität – das Kernstück von NextGenerationEU – dazu beitragen wird, die Ziele von *REPowerEU* zu erreichen.

Russlands ungerechtfertigter Aggressionskrieg gegen die Ukraine wirft beispiellose Herausforderungen auf, die auch die europäische Energieversorgung betreffen. Mit dem Programm *REPowerEU* hat die EU-Kommission dargelegt, wie die EU gemeinsam auf diese Herausforderung reagieren kann: durch gesteigerte Effizienz, den gemeinsamen Einkauf auf dem Weltmarkt und einen massiven Ausbau Erneuerbarer Energien. In diesem Zusammenhang ist es also noch dringlicher, die ökologischen und digitalen Ambitionen der EU zu verwirklichen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bericht-zeigt-eu-wiederaufbauplan-wirkt-2022-07-29_de

Europäische Gesundheitsunion: Influenza-Impfstoffe zur Pandemievorsorge

Die Europäische Kommission hat am 28.07.2022 – über ihre [Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen](#) – mit dem Pharmaunternehmen [GSK](#) einen Rahmenvertrag für die gemeinsame Beschaffung von *Adjupanrix*, einem Influenza-Impfstoff zur Pandemievorsorge, unterzeichnet.

Diese Vereinbarung wurde für 12 Mitgliedstaaten und weitere an der gemeinsamen Beschaffung beteiligte Länder geschlossen und sieht vor, dass diese, falls erforderlich, im Falle einer Influenzapandemie bis zu 85 000 000 Impfstoffdosen erwerben können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4363

Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2022

Die Kommission hat am 28.07.2022 die Ergebnisse des [Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2022](#) ([Digital](#)

Economy and Society Index, DESI) veröffentlicht, mit dem die Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten im Bereich Digitales verfolgt werden.

Während der COVID-Pandemie haben die Mitgliedstaaten zwar Fortschritte bei ihren Digitalisierungsanstrengungen gemacht, haben aber nach wie vor Schwierigkeiten, die Lücken bei den digitalen Kompetenzen zu schließen sowie den digitalen Wandel von KMU und den Ausbau fortgeschrittener 5G-Netze umzusetzen. Die Aufbau- und Resilienzfazilität, die rund 127 Mrd. Euro für Reformen und Investitionen im digitalen Bereich bereitstellt, bietet eine beispiellose Gelegenheit zur Beschleunigung des digitalen Wandels, die sich die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht entgehen lassen dürfen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Mitgliedstaaten zwar Fortschritte beim digitalen Wandel machen, die Zahl der Unternehmen, die digitale Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz (KI) und Big Data einführen, jedoch nach wie vor gering ist. Digitale Kompetenzen sind ein weiterer wichtiger Bereich, in dem die Mitgliedstaaten größere Fortschritte erzielen müssen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4560

Erasmus+ - Zusammenarbeit von 44 Europäischen Hochschulen möglich

Die Kommission hat am 27.07.2022 die Ergebnisse der Ausschreibung „Europäische Hochschulen“ für 2022 präsentiert: Mit einem Rekordbudget von 272 Mio. Euro fördert Erasmus+ weiterhin 16 Europäische Hochschulen und vier neue Allianzen.

Zusammen mit den 2020 ausgewählten 24 Allianzen gibt es nun 44 „Europäische Hochschulen“, denen 340 Hochschuleinrichtungen in Hauptstädten und abgelegenen Gebieten in 31 Ländern angehören. Europäische Hochschulen sind EU-weite Hochschul-Allianzen, die zum Nutzen aller in Bildungs-, Forschungs- und Innovationsfragen zusammenarbeiten.

Für vier Jahre erhält jede Allianz bis zu 14,4 Mio. Euro aus dem Programm Erasmus+. Ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Höchstbetrag von bislang 5 Mio. Euro für drei Jahre.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4702

8. Umweltaktionsprogramm: Leitindikatoren vorgelegt

Die Kommission hat am 26.07.2022 eine Liste von Leitindikatoren für die Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Umwelt- und Klimaziele der EU bis 2030 sowie der langfristigen Vision für 2050 „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ vorgelegt.

Der neue Überwachungsrahmen des 8. Umweltaktionsprogramms ist das Ergebnis intensiver Konsultationen mit Interessenträgern und Mitgliedstaaten und zielt darauf ab, die Transparenz zu fördern und die Europäer*innen über die Wirkung der Klima- und Umweltpolitik der EU zu informieren. Die EU-Politik muss sicherstellen, dass die EU wieder auf Kurs gebracht wird, damit wir innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten leben und arbeiten.

Die Indikatoren als solche erfassen die Fortschritte im Hinblick auf das ökologische Wohlergehen, einschließlich wirtschaftlicher und sozialer Aspekte. Auf diese Weise könnten sie den Weg ebnen, um die Gesundheit unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften auf der Grundlage des Wohlergehens und über den bekanntesten Wirtschaftsindikator, das BIP, hinaus zu messen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4667

EU-Bericht zur Ukraine: Wichtige Schritte bei der Umsetzung der Reformagenda

Im Vorfeld der für den 05.09.2022 anberaumten Tagung des Assoziationsrates EU-Ukraine hat die Europäische Union am 26.07.2022 ihren jährlichen Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine veröffentlicht. Der Bericht bietet einen Überblick über die Reformen, die die Ukraine seit dem letzten Bericht vom 01.12.2020 bis zum Beginn der militärischen Aggression Russlands am 24.02.2022 im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine durchgeführt hat.

In dem Bericht wird unterstrichen, dass die Ukraine im Berichtszeitraum mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert war, darunter neben den destabilisierenden Maßnahmen Russlands und dem Konflikt im Osten des Landes auch die Coronavirus-Pandemie. Ferner wird hervorgehoben,

dass die Ukraine der Assoziierung und der weiteren Integration mit der EU trotzdem weiterhin Vorrang eingeräumt und wichtige Reformen beschleunigt hat.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4706

EU gewinnt WTO-Verfahren gegen diskriminierende Praktiken der Türkei im Arzneimittelbereich

Die EU begrüßt den Schiedsspruch der Welthandelsorganisation (WTO) vom 25.07.2022 in der Rechtssache, die die EU gegen die Türkei im Zusammenhang mit Arzneimitteln angestrengt hat.

Er bestätigt die Entscheidung des Panels und stellt fest, dass durch diese Lokalisierungsmaßnahme ausländische Arzneimittel diskriminiert werden, da es sich bei dieser nicht um eine Form der öffentlichen Beschaffung von Arzneimitteln handelt und sie weder darauf ausgerichtet ist, Ziele im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu erreichen, noch die Einhaltung der Rechtsvorschriften sicherzustellen, die die Türkei verpflichtet, eine zugängliche, wirksame und finanziell tragfähige Gesundheitsversorgung für ihre Bevölkerung zu gewährleisten.

Insbesondere stellen die diskriminierenden Praktiken eine Bedingung für ausländische Arzneimittelhersteller dar, ihre Produktion in die Türkei zu verlagern, damit diese Arzneimittel im Rahmen der türkischen Sozialversicherungssysteme erstattet werden können. Dies ist nicht mit den WTO-Verpflichtungen der Türkei vereinbar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4670

Bericht: EU-Datenregeln für Justiz und Polizei verbessern Opfer-Schutz

Die Daten von Opfern, Zeug*innen und Verdächtigen bei strafrechtlichen Ermittlungen werden durch die bestehenden EU-Regeln gut geschützt.

Dies zeigt ein Bericht der EU-Kommission über die Anwendung der Datenschutzrichtlinie für die Strafverfolgung. Die Mitgliedstaaten, die die Richtlinie noch nicht umgesetzt haben, sollten es laut Justizkommissar Didier Reynders so schnell wie

möglich tun - damit die Bürgerinnen und Bürger ein Höchstmaß an Schutz genießen.

Die Kommission hatte im April in einem Vertragsverletzungsverfahren ein Aufforderungsschreiben unter anderem an Deutschland gerichtet, weil Deutschland noch keine Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie im Hinblick auf die Bundespolizei mitgeteilt hatte.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bericht-eu-datenregeln-fur-justiz-und-polizei-verbessern-opfer-schutz-2022-07-25_de

21 Mio. Euro für Mobilität von Kulturschaffenden

Die Kommission fördert in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut die Mobilität von Künstler*innen und Kulturschaffenden. Die entsprechende Vereinbarung sieht Haushaltsmittel von 21 Mio. Euro vor. Über einen Zeitraum von drei Jahren sollen bis zu 7000 Finanzhilfen vergeben werden, es ist die bisher größte EU-finanzierte Maßnahme für einzelne Künstler*innen.

Die neue Aktion „Culture Moves Europe“ baut auf den Erfahrungen und Empfehlungen des i-Portunus-Pilotprojekts auf, das zwischen 2018 und 2022 durchgeführt worden war.

Das Angebot ist gedacht für einzelne Künstler*innen, Kulturakteure und Gastorganisationen aus allen Kultur- und Kreativbranchen, die unter den Aktionsbereich Kultur des Programms „Kreatives Europa“ fallen. Dazu gehören Musik, Architektur, darstellende Künste, Design, Literatur und kulturelles Erbe aus den am Programm teilnehmenden Ländern.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/culture-moves-europe-21-millionen-euro-fur-mobilitat-von-kulturschaffenden-2022-07-22_de

Vertragsverletzungsverfahren: Deutschland muss Rechtsakt zu Barrierefreiheit umsetzen

Die Kommission leitete Vertragsverletzungsverfahren gegen 26 Mitgliedstaaten ein: Sie haben keine Mitteilung über

Maßnahmen gemacht, um EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Deutschland wird aufgefordert, den europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit in nationales Recht umsetzen.

Gemäß dem europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit müssen einige Produkte und Dienstleistungen (wie öffentliche Verkehrsmittel, Bankdienstleistungen und Online-Geschäfte) für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Das betrifft fast 87 Mio. europäische Bürger*innen.

Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Für Produkte und Dienstleistungen, die unter die Richtlinie fallen, müssen die anbietenden Unternehmen sicherstellen, dass bis zum 28.06.2025 eine Reihe einheitlicher EU-Barrierefreiheitsanforderungen erfüllt sind.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-deutschland-muss-rechtsakt-zu-barrierefreiheit-umsetzen-2022-07-20_de

70,2 Mrd. Euro öffentliche Entwicklungshilfe von Team Europa für 2021

Wie in dem am 18.07.2022 vom Rat gebilligten Jahresbericht an den Europäischen Rat über die Entwicklungshilfeziele der EU bestätigt wurde, haben die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2021 ihre öffentliche Entwicklungshilfe für Partnerländer weltweit auf 70,2 Mrd. Euro aufgestockt.

Nach den vom Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) veröffentlichten vorläufigen Zahlen entspricht dies einem nominalen Anstieg um 4,3 % und 0,49 % des kollektiven Bruttonationaleinkommens (BNE).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4532

Ukraine: Zugang zum Programm EU4Health

Im Rahmen der laufenden Bemühungen der Kommission zur Unterstützung des Gesundheitsbereichs hat Kommissarin Kyriakides am 15.07.2022 die Ukraine besucht. Sie traf dort mit dem Gesundheitsminister Viktor Liashko zusammen und

besuchte ein medizinisches Zentrum für Kinder sowie eine Rehabilitationseinrichtung. Außerdem unterzeichneten die Kommission und die ukrainische Regierung bei dieser Gelegenheit ein Abkommen über die Assoziierung der Ukraine mit dem [Programm EU4Health](#).

Durch dieses Abkommen erhält die Ukraine Zugang zu EU-Fördermitteln für den Gesundheitsbereich. Diese Mittel können im ukrainischen Gesundheitssystem eingesetzt werden, um den unmittelbaren Bedarf zu decken und den langfristigen Wiederaufbau zu unterstützen. Das Programm verfügt über ein Gesamtbudget von 5,3 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021-2027.

Das Programm EU4Health wird zur Beseitigung von Schäden beitragen, die durch die Kriegshandlungen entstanden sind, sowie öffentliche und private Projekte für den Wiederaufbau in der Ukraine nach dem Krieg finanzieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4490

■ Veranstaltungen

Europäische Woche der Regionen und Städte 2022

Die 20. Ausgabe der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2022 findet vom **10. bis 13. Oktober 2022** in Brüssel sowie online statt.

Die Europäische Woche der Regionen und Städte 2022 ist die größte jährliche Veranstaltung in Brüssel, die sich der Kohäsionspolitik widmet und die Regionen und Städte aus ganz Europa zusammenbringt.

Die diesjährige Ausgabe ermöglicht über die EU-Reaktion auf die postpandemischen Gesundheit sowie sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu kommunizieren.

Im Mittelpunkt stehen die Kohäsionspolitik, die EU-Programme für 2021-2027 sowie die Finanzinstrumente der EU für die Bekämpfung der Covid-19-Krise und die Diskussion darüber, wie diese einen Unterschied bei der Unterstützung einer sozial fairen Erholung bewirken können als auch bei der Gestaltung des grünen und digitalen Übergangs.

Alle Sitzungen werden standardmäßig digital mit einer möglichen Begrenzung der persönlichen Beteiligung organisiert. Das vollständige Programm wird im August veröffentlicht und die Registrierung beginnt am **31. August 2022** über die Website der #Euregionsweek.

Weitere Informationen: <https://europa.eu/regions-and-cities/>